

Grundsätzen der Vereinten Nationen, es dient dem Frieden, der Völkerverständigung und der Menschlichkeit.

Das ist die sich aus der ganzen Unbestechlichkeit von Tatsachen ergebende Bilanz der Entwicklung der demokratischen Rechtsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist eine Bilanz, die für das Schicksal der deutschen Nation von grundlegender Bedeutung ist, weil wir damit der westdeutschen Bevölkerung auch auf diesem Gebiet demonstrieren, daß weder Ungerechtigkeit und Ungleichheit noch Verfassungsbruch und Mißachtung des Humanismus und der Menschenrechte in Westdeutschland von Bestand zu sein brauchen.

Es ist bekannt — und im Bericht des Generalslaatsanwalts wurde darauf eingegangen —, daß sich gerade in jüngster Zeit in Westdeutschland Stimmen des Unbehagens über viele Erscheinungen gerade auch der Rechtsentwicklung mehren. Zweifellos sind die Urteile der politischen Sonderstrafkammern, die Nachsicht und Milde bei der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern einerseits und die zunehmende Verfolgung und Bespitzelung fortschrittlicher und oppositioneller Kräfte andererseits, die Zustände im westdeutschen Strafvollzug und viele andere der wenigen überhaupt öffentlich bekannt werdenden Tatsachen außerordentlich besorgniserregend.

Dabei muß man jedoch sehen, daß es sich keineswegs um zufällige Entgleisungen, um einmalige oder zeitweilige Erscheinungen handelt, sondern um Folgen, die sich zwangsläufig aus der politischen und ökonomischen Entwicklung in Westdeutschland ergeben. Wird dieser Entwicklung nicht durch die Kraft der westdeutschen Arbeiter, Bauern, Angehörigen der Intelligenz und anderen fortschrittlichen Kräfte gewehrt, wird sich die weitere Untergrabung der Rechtssicherheit und der bürgerlich-parlamentarischen Grundrechte noch verstärkt fortsetzen. Insbesondere durch die Notstandsgesetzgebung wird die weitere Entrechtung des Bürgers zum Untertanen des militaristischen Obrigkeitsstaates forciert.

Als Folge des imperialistischen Strebens nach Ausweitung des Maximalprofites, nach neuen Märkten und Investitionsmöglichkeiten vollzieht sich zur Zeit in Westdeutschland ein Prozeß der immer stärkeren Unterwerfung des gesamten Staates unter die Interessen der führenden Monopolyverbände. Im Zuge dieser Entwicklung, der Etablierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, treten zwangsläufig die reaktionären, friedensbedrohenden Züge dieses westdeutschen Staates nach innen und nach außen immer deutlicher hervor.

Innenpolitisch läuft die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus immer stärker auf eine Untergrabung der eigenen verfassungsmäßigen Ordnung, auf den systematischen Abbau selbst der spärlichen bürgerlich-parlamentarischen Grundrechte und Freiheiten der westdeutschen Bevölkerung hinaus, wobei die zuvor genannten Beispiele nur Spitzen von Eisbergen sind. Das ist ganz zwangsläufig, weil die Durchsetzung der revanchistischen Kriegspolitik angesichts des wachsenden Unwillens in breiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung gegen diese Politik bereits heute die Ausschaltung jeglicher demokratischer Opposition und zugleich die vorbereitende Mobilmachung ganz Westdeutschlands verlangt. Die Notstandsgesetze, aber auch die geplante sog. Große Strafrechtsreform sprechen

dafür eine beredte Sprache. Man tröstet die westdeutschen Bürger damit, daß es sich ja z. B. bei den Notstandsgesetzen nur um eitle Vorsorge für einen sog. Ernstfall handelt, verschweigt aber tunlichst, daß die gesamte westdeutsche Politik darauf ausgerichtet ist, eben diesen Ernstfall des Krieges herbeizuführen.

Oder was kann denn schließlich für Demokratie und Recht zu erwarten sein, wenn von den 24 Mitgliedern der sog. Großen Strafrechtskommission 16 Mitglieder vorbelastete Nazijuristen Freislers sind. Welchen Geist der geplanten Strafrechtsreform soll man erwarten, wenn der CSU-Bundestagsabgeordnete Schlee, der als Mitglied der jetzt vom Bundestag eingesetzten parlamentarischen Sonderkommission, der der Regierungsentwurf sowie der von der SPD eingebrachte Abänderungsantrag überwiesen worden sind, kürzlich mit der Forderung an die Öffentlichkeit trat, daß die Soldaten der Bundeswehr engen Kontakt zu den Traditionsverbänden der Waffen-SS unterhalten sollten, um dort soldatische Tugend und Tapferkeit zu lernen.

Daß es sich bei all dem nicht um Erfindungen seitens der DDR handelt, sondern leider um bitter wahre Tatsachen, zeigt u. a. die ideologische Konzeption, die von den herrschenden Parteien, der CDU/CSU, als Theorie der „formierten Gesellschaft“ in jüngster Zeit entwickelt wird. Staatskonzeptionelles Ziel ist die Reform der „deutschen Demokratie“ in den nächsten Jahren, die die Entwicklung der Gesellschaft auf das Leitbild der formierten Gesellschaft des Monopolkapitals hin fördern soll. Zur Begründung wird in dem CDU-Funktionärsorgan „Gesellschaftspolitische Kommentare“ 13/14 ausgeführt: „Der gegenwärtige Zustand unseres parlamentarisch-demokratischen Systems entspricht in mancher Hinsicht nicht den Anforderungen einer formierten Gesellschaft.“

Weil also selbst das derzeitige System den demokratischen Kräften noch zuviel Bewegungsfreiheit läßt, was für die Durchsetzung der Atomkriegspolitik gefährlich werden könnte, soll die „deutsche Demokratie“ reformiert werden.

Nicht also um eine Reformierung, sondern um eine Deformierung von Demokratie und Recht geht es der CDU/CSU. Westdeutschland ist heute nicht — wie Erhard behauptet — eine sich formierende, sondern eine sich zunehmend deformierende Gesellschaft. Das führt zwangsläufig zur Verschärfung der von diesem westdeutschen Staat ausgehenden Kriegsgefahr, zur noch stärkeren Gängelung des öffentlichen Lebens, zur Erhöhung der Rechtsunsicherheit und der Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

So sind Atomkriegspolitik, Revanchismus und Antikommunismus und die Auflösung von Demokratie und Recht zwangsläufig miteinander verbunden.

Das von der Deutschen Demokratischen Republik geschaffene Beispiel der Errichtung des wahrhaft demokratischen und humanistischen deutschen Rechtsstaates beweist, daß Demokratie und Recht nur dort eine sichere Heimstatt finden, wo die Macht derjenigen ein für allemal gebrochen ist, die seit jeher undemokratisch, ungerecht und verfassungsfeindlich herrschten. Auch diese historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse und anderen demokratischen Kräfte in beiden deutschen Staaten müssen und werden Gegenstand des Gesprächs über die Lebensfragen der deutschen Nation sein.